



Quellen:

Becker, Heidede/Jessen, Johann (2014): Neu Leitbilder? – 15 Jahre nach „Ohne Leitbild?“. In: PlanerIn 04/14, S. 9-12.

Brock, C./Meik, J./Kaiser, J./Al-Dari, S./Handke, B. (2012). Der Bürger als Kunde – Anliegenmanagement im öffentlichen Sektor. In: Jansen, S. A./Schröter, E./Stehr, N. (Hrsg.): Bürger. Macht. Staat?. ZU | schriften, Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 109–124.

Hajer, Maarten/Dassen, Ton/Noorman, Nienke (2014): Smart about cities: Visualizing the challenges for 21st century urbanism. NAI, Rotterdam.

Kraemer, Oriana (2014): Crowd-finanzierter Städtebau. in StadtBauwelt 210/2014.

Mandl, Bettina/Schaner, Petra (2012): Der Weg zum Smart Citizen – soziotechnologische Anforderungen an die Stadt der Zukunft. Real Corp 2012 Tagungsband, Schwechat.

Neef, Andreas (2003): Leben im Schwarm – Ein neues Leitbild transformiert Gesellschaft und Märkte. Online unter: http://www.changex.de/Article/article_924, 25.09.2014.

Offenhuber, Dietmar/Ratti, Carlo (2013): Die Stadt entschlüsseln – Wie Echtzeitdaten den Urbanismus verändern. Basel, Birkhäuser.

Pfeiffer, Verena (2011): Stadtgestalter und Stadtgestalten – die digitale Urbanität. Bauwelt 24/2011, StadtBauwelt 190, S. 40-43. Online unter: http://www.bauwelt.de/sixcms/media.php/829/bw_2011_24_0040-0043.pdf, 06.10.2013.

Ratti, Carlo (2014): The sense-able city. In: The European Magazine, vom 21.03.2014, online unter: <http://www.theeuropean-magazine.com/carlo-ratti-2/8251-making-our-cities-smarter>.

Rauterberg, Hanno (2013): Wir sind die Stadt! Urbanes Leben in der Digitalmoderne. Frankfurt am Main, Suhrkamp.

Selle, Klaus (2013): Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Analysen und Konzepte. Detmold, Rohn.

Streich, Bernd (2014): Subversive Stadtplanung. Springer VS, Wiesbaden.

Weinberger, David (2008): Das Ende der Schublade – Die Macht der neuen digitalen Unordnung. Carl Hanser Verlag, München. Titel der Originalausgabe: Everything is Miscellaneous – The Power of the New Digital Disorder. New York, Times Books, 2007.

Sebastian Beck

Intermediäre: der Schlüssel für die Kommunikation in der Netzwerkgesellschaft?



An gesellschaftlichen Zeitdiagnosen gibt es gewiss keinen Mangel. Man sollte allerdings meinen dürfen, noch relativ à jour zu sein, wenn man über – zumindest vage – Bedeutungsvorstellungen von Schlagworten wie „Individualisierung“, „Informationsgesellschaft“ oder „Bürgerorientierung“ verfügt – oder zumindest weiß, wie man sich in Kürze dazu briefen lassen kann. Die Werkzeuge für diese Umbruchmomente scheinen sogar geläufig. Und trotzdem: Irgendwie driften Politik und Verwaltung auf der einen und Bürgerinnen und Bürger auf der anderen Seite immer mehr auseinander. So viel Know-how im Umgang mit der Bürgergesellschaft und trotzdem Vertrauenskrise.

Individualisierung o.k., dann haben wir es mit immer vielfältigeren Lebenswelten, Zielgruppen und Milieus zu tun, bei denen uns die Trendforschung schon auf dem Laufenden halten wird. Informationsgesellschaft o.k., das bedeutet mehr Transparenz bei Entscheidungsprozessen, möglichst frühzeitiges Informieren, Interviews mit einschlägigen Experten, Informationsveranstaltungen und das Bedienen neuer – vor allem digitaler – Medienformate. Da hilft uns ein ganzes Heer an versierten PR-Experten. Bürgerorientierung o.k., das bedeutet die Perspektiven möglichst vieler Betroffener oder Interessierter einzuholen, mit möglichst guten Einladungs- und Moderationsmethoden und diese Informationen konsultativ in Entwicklungsprozesse einzuspeisen. Das ist mittlerweile einschlägig bekanntes Verfahrenswissen, das Planungsbüros und Profi-Moderatoren relativ gut bedienen können. Gleichzeitig bleibt zu konstatieren: Politikverdrossenheit, rückläufige Wahlbeteiligungen, die Zersplitterung der Parteienlandschaft

und Wutbürger, die eben auch immer mal gerne dagegen sind – Was tun? Aufgeben? Resignieren? Oder gar auf alte Stärken besinnen: weglaufen, verstecken und lieber nicht hinsehen?

Wenn wir die politikwissenschaftliche Fachliteratur zu Rate ziehen, scheint es einen qua Funktion Verantwortlichen für die Vertrauenskrise zu geben: die Intermediären. Sie stehen für jene Akteure, denen die Aufgabe zukommt, eine Vermittlung von Bürgerinteressen in das politische Entscheidungssystem zu leisten (Fuchs 1996). Hinzugerechnet werden in der klassischen Definition (a) das politische Feld der Parteien und Verbände – das mitunter die Interessenverbände von Wirtschaftsakteuren impliziert, (b) das Empowerment-Feld der sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen und (c) das korporatistische Feld der Arbeitsorganisationen. Sie erfüllen eine politische Öffentlichkeitsleistung und stehen für eine Interessenvermittlung zwischen politischem System und gesellschaftlicher Umwelt (Kißler 2007, S. 143 ff.). Hinzufügen ließe



sich noch (d) das Feld der bürgergesellschaftlichen Organisationen, das jenseits der genuinen Politik Vergemeinschaftungsmoment und Sprachrohr bürgergesellschaftlicher Gruppierungen ist: religiöse Vereinigungen, NGOs sowie Verbände und Vereine im Allgemeinen (Niedermayer 2005).

Die Medien wurden lange zu den Intermediären hinzugerechnet. Im Kontext der von Donges/Jarren (2010) postulierten „Medialisierung“ (S. 415) stellen sie mittlerweile ein eigenständiges Referenzsystem dar, das für die Kommunikation aller Intermediären untereinander, gegenüber der Politik und gegenüber den Bürgern eine strukturelle Relevanz besitzt: Medien verfügen über einen hohen Bekanntheitsgrad und dienen als mächtige Vermittlungsebene, so dass das Handeln der Intermediären (wie auch der Politik, der Wirtschaft und der Bürger) zunehmend auf die Verwertungslogiken des Mediensystems ausgerichtet ist.

Die V-Frage

Ob es tatsächlich ein Vertrauensproblem zwischen Politik und Bürgergesellschaft gibt, wird allerdings nur allzu oft unhinterfragt stehen gelassen. Ute Frevert (2013) äußert da erfrischenderweise Zweifel und vermutet eine gewisse „Obsession der Moderne“. Ihre These: Die Empirie zur Vertrauenskrise ist eine suggestive Konstruktion. Wer nach Vertrauen fragt, wird eine Krise ernten. Wenn Allensbach eine Umfrage macht, bei der man auf einer Skala von eins bis vier den Grad des Vertrauens abträgt, der einer Person oder einer Institution zugeschrieben wird, kommt das heraus, was bei jedem Benchmark herauskommt: Gewinner und Verlierer. Zudem lautet ihre kritische Frage: „Weshalb reden wir so viel und oft von Vertrauen, ohne klarzustellen, um was es sich dabei handelt?“ (ebd., S. 11). Und mal unter uns: Warum sollten wir dem Staat vertrauen? Ist ein gewisses Maß an kritischem Hinterfragen nicht *conditio sine qua non* einer funktionierenden Demokratie? Vertrauen – ist das nicht bei unseren persönlichen, privaten Beziehungen viel wichtiger? Und haben wir da eine Vertrauenskrise? Worum also dreht es sich bei der Frage nach Vertrauen in den Staat?

Die emotionale Dimension hat in dieser Hinsicht eigentlich nichts zu suchen, spielt allerdings bei quantitativen Umfragen immer eine Rolle, ist aus dem alltagsweltlichen semantischen Kontext von „Vertrauen“ kaum herauszumendeln. Tatsächlich ist Vertrauen in den Staat viel relevanter, wenn es um Rational Choice geht. Die Rational-Choice-Theorie definiert Vertrauen als Voraussetzung kooperativer Beziehungen. Wem man vertraut, von dem kann man annehmen, dass er die Interessen derjenigen ernst nimmt, die ihm vertrauen. Denn gerade in dieser Loyalität zwischen Vertrauensperson und Vertrauenden besteht die Garantie zur Fortsetzung der Kooperation. In diesem Sinn ist Vertrauen ein Kalkül und keine emotionale Bindung (Frevert 2013, S. 15 ff.). Und dieses Kalkül ist ein stabiles Moment: Das Vertrauen in unser rechtstaatliches und

demokratisches System ist ungebrochen hoch und liegt in Umfragen immer über 80%. Frevert geht davon aus, dass es sich bei der oft konstatierten politischen Vertrauenskrise um ein politisches Projekt von Thatcherismus und Reaganomics handelt. Ihrer Ansicht nach wird die Vertrauensfrage als politische „V-Waffe“ instrumentalisiert und tatsächlich dazu verwendet, staatliche Deregulierung voranzutreiben. Wenn man dem Staat nicht mehr vertrauen kann, muss es eben ein anderer machen. Und tatsächlich: Die quantitativen Daten über den Rückgang des Vertrauens in staatliche Institutionen gibt es erst seit den achtziger Jahren, nachdem Etatismus – und Keynesianismus – im Zuge der Weltwirtschafts- und Ölkrise bereits in die Defensive geraten waren.

Vielleicht ist die Vertrauenskrise gar nicht so virulent, wie man fürchten könnte, das Systemvertrauen ist ja o.k. Vielleicht leisten dann die Intermediären auch gar keine schlechte Arbeit bei der Vermittlung von Bürgerinteressen in das politische System – als Vertrauensmittler in das politische System, wenn man Vertrauen aus der Perspektive des Rational Choice betrachtet und sich davon verabschiedet, dass emotionales Vertrauen ein Funktionsprinzip eines politischen Systems sein muss. Bleiben aber immer noch: Politikverdrossenheit, rückläufige Wahlbeteiligungen, die Zersplitterung der Parteienlandschaft und Wutbürger. Meine These lautet: Es gibt ein Problem bei der Integration der Intermediären in politische Informations-, Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse. Und das führt dazu, dass die aller Wahrscheinlichkeit nach funktionierende Beziehung zwischen Bürgerinteressen und Intermediären an bestimmten Punkten über schlechte oder auch gar keine Rückkopplungen in das politische System verfügt.

Organische Solidarität

Wer Intermediäre sind, das lässt sich mit Lehrbüchern detailliert definieren. Welche Rollen und Funktionen ihnen im politischen und gesellschaftlichen System zukommen, wird eventuell unterschätzt. Tatsächlich hat sich die Aufgabe von Intermediären gewandelt, weil sich die Art und Weise geändert hat, wie gesellschaftliche Kommunikations- und Gestaltungsprozesse organisiert sind. Das setzt das staatliche System unter Veränderungsdruck. So hält Gruber (2007) fest: „Intermediäre Organisationen sind als neues Steuerungsinstrument zu verstehen, für die es aufgrund gesellschaftspolitischer Transformationsprozesse steigenden Bedarf gibt. [...] Diese Entwicklungen stellen regionale und nationale Regierungen vor neue inhaltliche und organisatorische Herausforderungen und üben auf das politisch-administrative System Veränderungsdruck aus“ (ebd., S. 13). Tatsächlich befindet sich staatliches Handeln in einem Veränderungsprozess, in einer Entwicklung von direkter zu regulatorischer Staatlichkeit, in der Entscheidungen nicht mehr in hierarchischen Folgen getroffen, sondern in Form von Netzwerkbeziehungen ausgehandelt werden. Schuppert (2003) konstatiert mit Blick auf



staatliche Steuerung ohnehin ein Hierarchieversagen (ebd., S. 894) und beobachtet eine faktisch praktizierte Netzwerkorganisation jenseits des Hierarchieprinzips. Dahinter sieht er nicht nur einen neuen Steuerungsansatz, sondern eine „neue Grundstruktur der postetatistischen Gesellschaft“ (ebd.). Er misst dem Organisationstyp des Netzwerks in der innerstaatlichen Reformdebatte eine prominente Rolle zu.

Bevor man die Konsequenzen für die Reform staatlicher Entscheidungsprozesse ziehen kann, gilt es, sich die gesellschaftliche Funktion der Intermediären zu vergegenwärtigen. Hier setzt sich die Soziologie schon seit längerem mit der sozialen Integrationsfunktion von Intermediären auseinander, insbesondere vor dem Hintergrund zunehmend vielfältiger und differenzierter Gesellschaften. Dabei steht an prominenter Stelle die Auseinandersetzung darüber im Vordergrund, wie stark die zu beobachtende zunehmende Individualisierung zu einer Abnahme des gesellschaftlichen Zusammenhalts führt. Ulrich Beck postulierte hier relativ prominent seine These der Auflösung von Ligaturen (Beck 1986). Eine andere Diagnose lautet, dass sich bei relativer Konstanz gesellschaftlicher Gruppierungen und Milieus vielmehr die Politik selbst von der gesellschaftlichen Entwicklung entkoppelt hat (Vester u.a. 2001). Die soziologische Auseinandersetzung mit den Intermediären verweist auf ihre vermittelnden und vergesellschaftenden Eigenschaften. Mit Blick auf die Gesellschaft und die sie konstituierenden sozialen Milieus leisten die Intermediären letztlich eine Vergesellschaftungsfunktion: Sie transformieren die moralischen sozialen Beziehungen der lebensweltlichen Mentalitäten der Milieus in rationale auf Interessensausgleich ausgerichtete soziale Beziehungen (Geiling 2005, S. 14 ff.).

Die Einbindung von Menschen in intermediäre Strukturen bewirkt so soziale Kohäsion, und zwar in dem Sinne, dass einer Desintegration und der Gefährdung sozialen Zusammenhalts in den zunehmend vielfältigeren und immer weiter ausdifferenzierten modernen Gesellschaften entgegengewirkt wird. Der Soziologe Émile Durkheim (1999) spricht mit Blick auf solche intermediären Strukturen von einer organischen Solidarität, der die Funktionsweise zugrunde liegt, dass Menschen nicht direkt als Individuen, sondern vermittelt über ein Feld intermediärer Strukturen in die Gesellschaft eingebunden sind. Intermediäre können so eine flexible gesellschaftliche Integrationsfunktion erfüllen, die auch kurzfristige und wechselnde Einbindungen einzelner Individuen ermöglicht.

Das ist doch beeindruckend: Während die Intermediären in der Politikwissenschaft vor allem vor dem Hintergrund ihrer kommunikativen Vermittlungsfunktion betrachtet werden, beschäftigt sich die Soziologie offensichtlich schon seit dem 19. Jahrhundert damit, dass sie eine gesellschaftliche Integrationsfunktion besitzen und ein stabiles Element der Interessenartikulation darstellen und somit ein verlässliches Bindeglied sind zwischen einer Gesellschaft, die sich zunehmend vielfältiger und in Bezug auf soziale Bindungen optionsfreier gestal-

tet, und gesellschaftlichen Prozessen der Interessenaushandlung. Intermediäre sind quasi Netzwerker der ersten Stunden unseres demokratischen Systems. Das Netzwerken an sich ist daher nichts wirklich Neues. Allerdings muss sich die Art und Weise der netzwerkartigen Aushandlungsprozesse modifiziert haben, in denen die Intermediären aktiv sind.

In den Staatswissenschaften wird aktuell jedenfalls beobachtet, dass das politisch-administrative System unter Druck steht, weil es oft noch zu sehr in sektoralen Zuständigkeiten verharrt und – noch – kaum über inhaltlich organisatorische Lösungen zur Steuerung solcher Netzwerke verfügt. Wir befinden uns offensichtlich auf dem Weg in einer „Netzwerkgesellschaft“ (Schuppert 2000, S. 924), die den Staat in zwei Funktionen auftreten lässt: als Netzwerkpartner und als Netzwerkknüpfer. Das impliziert die Ordnungs idee einer „kooperativen Gemeinwohlkonkretisierung“ (ebd., S. 925), der allerdings noch keine entsprechend aktualisierte rechtliche Ausgestaltung im Sinne von geeigneten Organisationsformen und Verwaltungsverfahren zugrunde liegt. Er sieht den Staat in der Verantwortung, eine entsprechende Rechtsordnung bereitzustellen, die in Form eines entsprechenden Verwaltungsrechts ein Verwaltungshandeln ermöglicht, das „als legitim empfunden wird, das rechtsstaatlich geordnet und diszipliniert ist, das sachrichtige Entscheidungen hervorbringt, das bürgernah und effektiv ist usw.“ (ebd., S. 933). Exemplarisch führt er an: Rechtsformen des Verwaltungshandelns wie Verwaltungsrecht, öffentlich-rechtlicher Vertrag etc., Verwaltungsverfahren wie Verfahren zur Artikulation betroffener Interessen, kooperative Verwaltungsverfahren etc., Entscheidungstypen wie Erlaubnisse, Genehmigungen, Auflagenvorbehalte, Planfeststellungen etc., Organisationstypen wie Kollegialorgane, Selbstverwaltung, Kooperationsorgane, Verwaltungsgesellschaftsrecht etc. und ein entsprechend geeignetes öffentliches Dienstrecht in Form von Führungsämtern auf Zeit, Teilzeitmodellen etc. (ebd., S. 932).

Intermediäre im Netzwerk lokaler Kommunikationsakteure im Handlungsfeld Stadtentwicklung

Es besteht die Notwendigkeit, Regelungsstrukturen für netzwerkartig organisierte staatliche Entscheidungsprozesse zu finden, die faktisch bereits längst praktiziert werden. Die Praxis dieses Netzwerkhandelns gilt es allerdings systematisch (wieder) zu entdecken, insbesondere mit Blick auf die Intermediären. Dem widmet der vhw im Kontext des aktuellen Projektvorhabens *Stärkung der sozialen Kohäsion – Vielfalt als Chance: Interkulturelle kommunale Kommunikationslandschaften in der Stadtentwicklung ein eigenes Teilprojekt: Intermediäre im Netzwerk lokaler Kommunikationsakteure im Handlungsfeld Stadtentwicklung (INloKom)*. Das Projekt wird mit dem Modell der Politikarena arbeiten. Dieser Fokus auf Politikarenen findet sich auch bei Schuppert (2000): „Die Vielfalt



von Kooperationsbeziehungen bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben haben uns gelehrt, dass Politikfelder oder – einem beliebten politikwissenschaftlichen Sprachgebrauch folgend – Politikarenen von einer Vielzahl von Akteuren bevölkert sind, die auf die öffentliche Verwaltung einwirken, mit ihr kooperieren und anderes mehr“ (ebd., S. 384).

Der akteurszentrierte Institutionalismus (Mayntz/Scharpf 1995) bietet ein heuristisches Modell, um die Rolle der Intermediären zu verdeutlichen: Er begreift sie als Akteure, die in einen institutionellen Kontext eingebunden sind und als Bindeglied zu Einzelakteuren dienen. Aus diesem institutionellen Kontext heraus lassen sich die Interaktionen und die Kommunikation der Intermediären analysieren. Dabei ist besonders der Netzwerkcharakter solcher institutioneller Kontexte von Bedeutung, also die Netzwerkbeziehungen der Intermediären. Scharpf (2000) unterscheidet dabei korporative Akteure, die Interessen bestimmter Gruppen bündeln, und kollektive Akteure, die Netzwerk-Situationen mehrerer Akteure darstellen. Das bedeutet mit Blick auf die Operationalisierung der Fragestellung nach der Rolle der Intermediären eine Festlegung auf eine bestimmte Situation mit einer bestimmten Akteurskonstellation.

Im Wesentlichen fokussiert der akteurszentrierte Institutionalismus allerdings die Dimensionen von Polity (Struktur) und Politics (Prozess). Eine sinnvolle Ergänzung des akteurszentrierten Institutionalismus hin zur Policy-Dimension (Inhalt) liegt im Konzept der politischen Arena (Jakobi 2007, S. 18 ff.), das mit Windhoff-Héritier (1987) seinen Eingang in den deutschsprachigen Raum fand. Im engen Sinne beschreibt eine solche Arena zwei Momente. Zunächst geht es um das Policy-Netz: den Kreis aller tatsächlich relevanten Akteure, die an dem Entstehungs- und Umsetzungsprozess eines Policy-Prozesses beteiligt sind (ebd., S. 43 ff.), was deutlich über den Kreis der genuin politischen Akteure wie Parteien und Mandatsträger hinaus geht. Darüber hinaus geht es allerdings auch um die subjektiven Erwartungen und Vorstellungen aller Betroffenen; das impliziert den gesamten Dialograum einer Policy und nicht nur die handelnden Akteure. Das hat den Nachteil, dass sich ein solcher schwer fassen lässt, weil der Dialog über eine Policy weite Kreise von Beteiligten zieht. Festzuhalten bleibt daher, dass eine solche Politikarena immer in konkreten Bezug zu einem Policy-Netz zu stellen ist: „Denn die Politikarena – ohne harten, objektivierbaren Kern – steht in

Gefahr, zwischen den Händen zu zerfließen“ (ebd., S. 61). Das Konzept der politischen Arena bleibt allerdings eine sinnvolle Ergänzung, weil die Arena neben den originären Governance-Akteuren auch die Gemeinschaft (Stadtgesellschaft/Milieus) impliziert, ihre subjektiven Vorstellungen einer Policy bzw. eines Entscheidungsprozesses, der über die Intermediären als Governance-Akteure Eingang in Politics und Polity finden kann. Es ginge dann darum, eine spezifische Arena zu fokussieren, von der aus dann (a) Beziehungen zu anderen Arenen [Quartier <-> Stadt, Thema A <-> Thema B etc.] gezeichnet

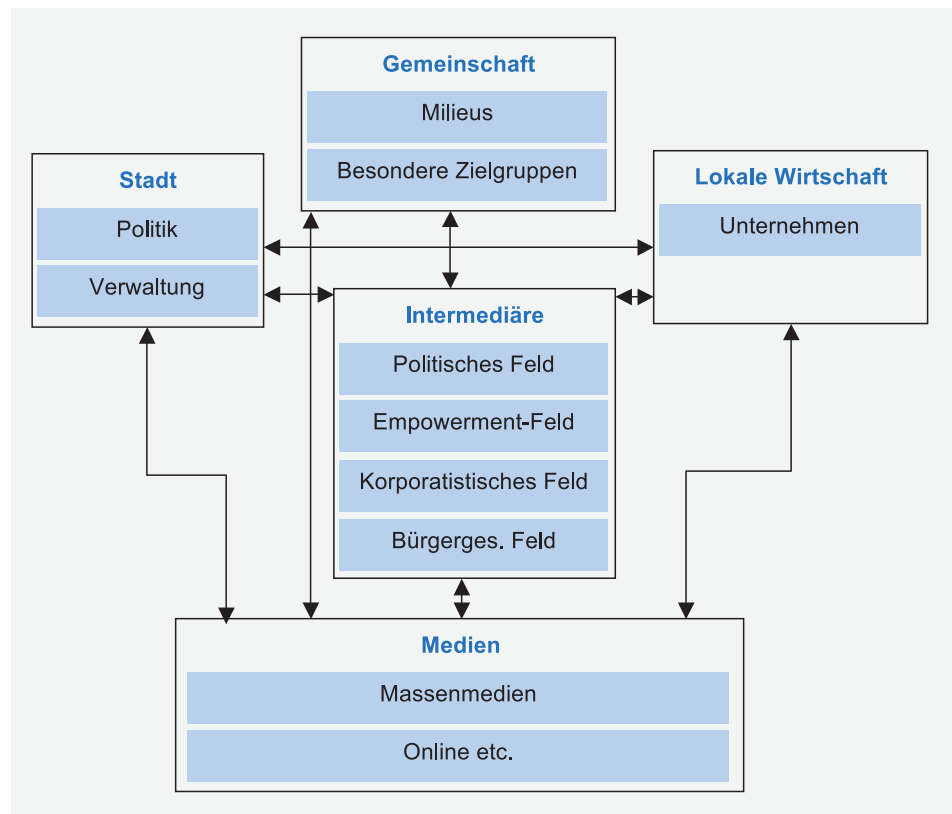


Abb. 1: Betrachtung der Intermediären in einer Politikarena der Stadtentwicklung

werden könnten oder (b) Vergleiche zu anderen Arenen [Triangulation] gezogen werden können.

Eine Betrachtung der Intermediären impliziert eine Betrachtung der Kommunikationslandschaft, in der sie sich befinden. Das bedeutet, eine Netzwerkanalyse zu den Intermediären bedarf einer Analyse der in Abb. 1 angedeuteten Netzwerkbeziehungen. Tatsächlich ist davon auszugehen, dass sich in solchen Politikarenen in Anlehnung an die Stufen von Partizipationsniveaus nach Lüttringhaus (2000) vier Handlungsfelder unterscheiden lassen: (1) Das Handlungsfeld der Information. Hier werden Intermediäre aktiv, die in erster Linie Informationen über die Policy in Politikarenen vermitteln. (2) Das Handlungsfeld des Dialogs. Hier werden Intermediäre aktiv, die sich an einem Prozess des Interessenausgleichs beteiligen und als Sprachrohr, Anwälte bzw. Vermittler für bestimmte inhaltliche Interessengruppen auftreten. (3) Das Handlungsfeld der Ge-



Abb. 2: Urbane Kommunikation in Berlin (Fotoausschnitt eines Bildes von Torsten Elger)

staltung. Hier werden Intermediäre aktiv, die Ressourcen zur Lösung von Entwicklungsvorhaben vermitteln. (4) Das Handlungsfeld der Entscheidungen. Hier werden Intermediäre nur dann aktiv, wenn sie im Kontext von Governance-Strukturen faktisch in Entscheidungsprozesse eingebunden sind. In jedem der hier skizzierten vier Handlungsfelder können Intermediäre tätig sein. Allerdings ist davon auszugehen, dass hier Spezialisierungen greifen werden. Denn jedes dieser Felder benötigt eine spezifische Kompetenz, um in ihm tätig werden zu können. Und jedes dieser vier Felder verfügt über seine eigenen Machtstrukturen.

Fazit

Intermediäre können ein Schlüssel zur Kommunikation in der Netzwerkgesellschaft sein. Man muss es ihnen allerdings systematisch ermöglichen, erfolgreich als Gatekeeper zur Bürgergesellschaft tätig werden zu können. Dabei zeichnen sich mindestens vier Handlungsfelder ab, von Informations- und Dialogprozessen bis hin zu Gestaltungs- und zu Entscheidungsprozessen. Intermediäre sind Netzwerker oder Netzwerk-Netzwerker, die in vielfältigen und sich ständig wandelnden Gesellschaften relativ stabile Integrationsmomente darstellen, die Interessen kanalisieren und in den politischen Prozess transformieren können. In dieser Funktion sind sie per se nichts Neues. Die Art und Weise, wie diese Netzwerkarbeit funktioniert, hat sich allerdings gewandelt, oder auch, wie es die Staatswissenschaft formuliert, enthierarchisiert. Darauf müssen sich politische Governance-Prozesse einstellen.

Es gibt einen gewissen Reformdruck. Wenn es perspektivisch gelingen kann, diesen intermediären Turn von Governance-Strukturen politisch zu gestalten, stellt sich mittelfristig allerdings die Frage nach der Gewährleistung der Funktion intermediärer Strukturen. Wenn sie für das Gelingen demokratischer Entscheidungen eine so wichtige Funktion ausüben, wie es dieser Beitrag nahelegt, dann ist es aller Wahrscheinlichkeit nicht nur staatliche Aufgabe, hier entsprechende Regelungsstrukturen zu finden, sondern eben auch, die Frage

der Finanzierung solcher Strukturen strukturell und nachhaltig zu lösen, jenseits von Teilaufmerksamkeiten bei sozialen Brennpunkten der Stadtentwicklung und „Projektitis“.

Sebastian Beck

Wiss. Referent des vhw e.V., Berlin

Quellen

- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M.
- Donges, Patrick/Jarren, Otfried (2010): Politische Kommunikation – Akteure und Prozesse, in: Bonfadelli, Heinz/Jarren, Otfried/Siegert, Gabriele (Hg.): Einführung in die Publizistikwissenschaft, Bern/Stuttgart/Wien.
- Durkheim, Émile (1999) (Original frz. 1893): Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, Frankfurt/M.
- Frevort, Ute (2013): Vertrauensfragen. Eine Obsession der Moderne, München.
- Fuchs, Dieter (u.a.) (1996), Das intermediäre System der Politik als Orientierungssystem der Bürger.
- Jakobi, Tobias (2007): Akteurszentrierte Institutionalismus und Arenen-Konzept in der Mitbestimmungsforschung. Zum theoretischen Rahmen eines Forschungsprojekts, Frankfurt am Main.
- Geiling, Heiko (2005): Gegen Probleme sozialer Integration – Für lebendige Öffentlichkeit und intermediäre Einrichtungen, in: ders. (Hg.): Soziale Integration als Herausforderung für kommunale und regionale Akteure, Frankfurt/M.
- Gruber, Sabine (2007): Intermediäre Organisationen in der Stadtentwicklung. Möglichkeitsräume für kollektives Lernen und Demokratieentwicklung, Neu-Ulm.
- Kißler, Leo (2007): Politische Soziologie. Grundlagen einer Demokratiewissenschaft, Konstanz.
- Lüttringhaus, Maria (2000): Stadtentwicklung und Partizipation. Fallstudien aus Essen-Katernberg und Dresden Äußere Neustadt, Beiträge zur Demokratisierungsentwicklung von unten Nr. 17, Bonn.
- Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W. (Hg.) (1995): Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung. Frankfurt/New York 1995.
- Niedermayer, Oskar (2005): Bürger und Politik, Opladen.
- Scharpf, Fritz W. (2000): Interaktionsformen. Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung, VS Verlag, Wiesbaden.
- Schuppert, Gunnar Folke (2000): Verwaltungswissenschaft, Baden-Baden.
- Schuppert, Gunnar Folke (2003): Staatswissenschaft, Baden-Baden.
- Vester, Michael u.a. (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt/M..
- Windhoff-Héritier, Adrienne (1987): Policy-Analyse. Eine Einführung, Frankfurt am Main/New York.